

## 1. Die Uhrenkrise 1973 bis 1975

### a. Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit

Mit der Gründung der Stadt Villingen-Schwenningen kehrte die Arbeitslosigkeit in die Region zurück. Diese Erfahrung war für die Betroffenen bitter.<sup>1</sup>

Die Wirtschaftskrise hatte globale Ursachen. Die Aufgabe der festen Wechselkurse und damit das Sinken des Dollarkurses verursachten eine Verteuerung deutscher Waren im Ausland. In unserer Region betraf dies 1975 vor allem die exportorientierte Uhrenindustrie. Die seit 1973 steigenden Erdölpreise führten außerdem weltweit zu einer Verringerung der Nachfrage, weil die steigenden Energiekosten bezahlt werden mussten. Deutsche Uhren wurden einfach zu teuer. Sie konnten deshalb auch der japanischen Konkurrenz, in Japan wurde mit einem erheblich niedrigeren Lohnniveau produziert als in Deutschland, nicht mehr standhalten.

Durch den Kaiser-Konkurs stieg die Zahl der Arbeitslosen nach der Wirtschaftskrise von 1967 erstmals wieder, die Quote betrug allerdings Ende Juli nur 1,2 Prozent. Im April 1975 gab es im Arbeitsamtsbezirk Villingen-Schwenningen bereits eine Arbeitslosigkeit von 3,8 Prozent, die Entlassungen in der Uhrenindustrie machten sich bemerkbar. Die Kurzarbeit war aber nahezu dreimal so hoch, da die Unternehmen damals noch überzeugt waren, dass die konjunkturelle Lage sich schnell wieder verändern und die Situation des Arbeitsmarktes sich rasch verbessern würde.

Leider traf diese Einschätzung nicht zu. Von 1970 bis 1974/75 hatten sich die Beschäftigten der deutschen Uhrenindustrie bereits um rund 25 Prozent reduziert.<sup>2</sup> In Villingen-Schwenningen mussten die traditionsreichen Uhrenfabriken Kaiser und Mauthe Konkurs anmelden, die Uhren-

fabrik Kienzle entließ zur gleichen Zeit rund 1.000 Beschäftigte.

Vor 1973 war der Rückgang der Arbeitsplätze kaum aufgefallen, weil die betroffenen Arbeitnehmer in andere Betriebe vermittelt wurden.<sup>3</sup> Erst jetzt durch die Wirtschaftskrise konnten diese Personen nicht mehr weiterbeschäftigt werden<sup>4</sup> und wurden arbeitslos. Es musste alles getan werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Der Arbeitskreis Uhrenindustrie beim Landesarbeitsamt stellte fest, besonders betroffen von der Arbeitslosigkeit sei die Großuhrenindustrie, die fast ausschließlich in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg ansässig war und einen Exportanteil von 70 Prozent hatte.<sup>5</sup>

Im Bereich des Arbeitsamts Villingen-Schwenningen gab es im Januar 1976 eine Arbeitslosenquote von 5,1 Prozent, besonders hoch war die Quote in Schwenningen. Die Arbeitslosigkeit betraf überproportional die ungelerten und die weiblichen Beschäftigten.<sup>6</sup>

Was für Villingen-Schwenningen fatal war. Der wirtschaftliche Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg war vor allem durch die vielen an- und ungelerten Hilfskräfte entstanden. Dies waren überwiegend Menschen, die gleich nach dem Volksschulabschluss in einen Betrieb eintraten, um Geld zu verdienen. Man konnte in den 60er Jahren auch ohne berufliche Ausbildung schnell relativ viel Geld verdienen. Wenn eine ganze Familie zusammenhielt, war auch die Anschaffung eines PKWs, eines Fernsehgeräts oder einer Ferienreise möglich.

Vor allem die Arbeiterinnen hatten nur selten eine Berufsausbildung. „Das war halt das Allgemeine, bei uns daheim hat der Vater gesagt, die Buben dürfen etwas lernen und ihr (die Mädchen) geht in die Fabrik,“ erklärte eine ehemalige Fabrikarbeiterin.



Abb. 1: Frauenarbeit in der heimischen Industrie (Saba).  
(privat).

In der Folgezeit sollte sich die schlechte Ausbildung der Frauen rächen, sie waren überproportional an der Arbeitslosigkeit beteiligt.

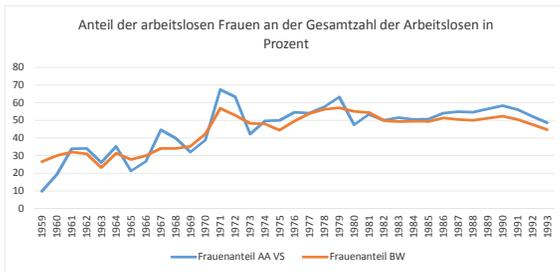


Abb. 2: Anteil der arbeitslosen Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in Prozent.

### b. Erste Krisenanalyse und Forderung nach staatlicher Hilfe.

Im August und September 1975, nachdem durch den Kaiser- und den Mauthe-Konkurs sowie die Entlassungswellen bei Kienzle die Lage sich dramatisch zugespitzt hatte, appellierte die Industriegewerkschaft Metall an die Landesregierung, den von Entlassung Betroffenen zu helfen und Strukturmaßnahmen für neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wie bei Audi-NSU in Neckarsulm<sup>7</sup> müsse die Landesregierung Hilfen für rückkehrwillige ausländische Arbeitnehmer anbieten.

Die IG Metall sah in der aktuellen Wirtschaftskrise den Beginn einer Strukturkrise der Wirtschaft voraus und forderte eine Koordinierungsstelle für Maßnahmen der Strukturpolitik unter gleichberechtigter Beteiligung der Gewerk-

schaften.<sup>8</sup> Bund und Land sollten Mittel zur Verfügung stellen, damit in der Region neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Vom Bundesarbeitsminister wurde außerdem verlangt, die Kurzarbeiterunterstützung von 18 Monaten auf 24 Monate auszudehnen.

Am 21. Oktober 1975 lud die IG Metall über 100 Vertrauensleute, Betriebsräte und Funktionäre nach Sindelfingen ein, um zusammen mit Wissenschaftlern „nach Rettungsmöglichkeiten“ zur Überwindung der Strukturkrise zu suchen.<sup>9</sup> Der sich abzeichnende Wandel der Technologie, wie die Entwicklung und Anwendung elektronischer Bauteile und der Wegfall mechanischer Bauteile, die Verkleinerung der Geräteteile und das Aufkommen der Kunststoffe verlange eine völlige Änderung der heimischen Industrie. Vor allem brauche es neue Produkte. Die Wirtschaftsstruktur sollte durch Kapitalhilfen von Bund und Ländern verbessert werden „unter Erteilung von Auflagen“ zur „Erhaltung, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.“ Da öffentliche Fördermittel auch von den Beschäftigten erarbeitet worden seien, müssten die Gewerkschaften auch bei der Verteilung dieser Mittel eine Mitsprache haben.<sup>10</sup>

Den Unternehmen wurde vorgeworfen, die Quarztechnologie verschlafen zu haben.<sup>11</sup> Diese hingegen sahen in den Forderungen der IG Metall eine „Investitionslenkung und Unternehmerkontrolle durch die Gewerkschaft“.<sup>12</sup> Außerdem argumentierten sie, die schnelle Umstellung auf Quarzuhren, wie sie die IGM wünsche, würde das „Fertigungsvolumen“ nur noch weiter verringern und die Abhängigkeit von elektronischen Bautei-



Abb. 3: Kienzle Quarzarmbanduhr (Stadtarchiv).

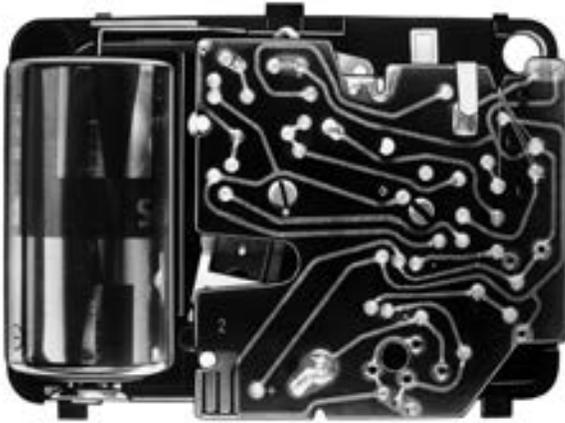


Abb. 4: Das Innenleben einer Quarzuhr (Stadtarchiv).

lezulieferern aus den USA zusätzlich vergrößern. Trotzdem sahen auch die Uhrenhersteller angesichts der prekären Situation seit 1974 die Notwendigkeit zu einer Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Forschung und Technologie, der Fraunhofer-Gesellschaft und den Bauelemente-Herstellern und -Anwendern.<sup>13</sup>

#### c. Erste Unterstützungsmaßnahmen

Das Land nahm den Raum Villingen-Schwenningen in die Regionalförderung auf und unterstützte mit dem Uhreninstitut in Stuttgart Forschung und Entwicklung in diesem Bereich.<sup>14</sup> Eine Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 1. September 1977 stellte fest: Seit 1974 habe das Land im Schwarzwald-Baar-Kreis 363

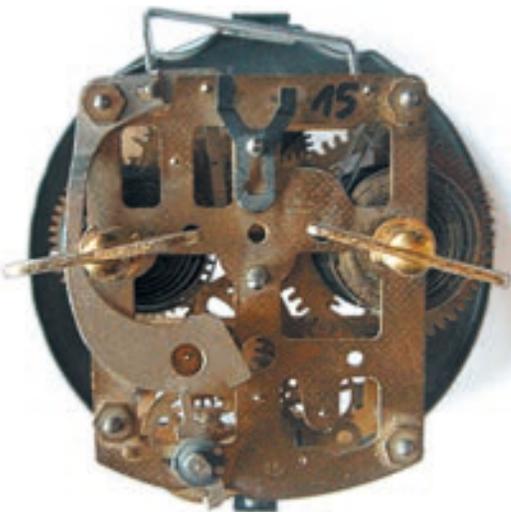


Abb. 5: Das mechanisches Weckerwerk 60er Jahre. (privat).

neue Arbeitsplätze geschaffen und 6.090 Arbeitsplätze gesichert. Über das Mittelstandsprogramm seien durch die Landeskreditbank 188 Darlehen mit einem Wert von insgesamt 28,74 Millionen DM vergeben worden. Dies habe zu Investitionen in Höhe von fast 106 Millionen DM geführt, was 984 neue Arbeitsplätze brachte und 3.357 Arbeitsplätze sicherte. Weiterhin zahlte die Landeskreditbank Darlehen von insgesamt 14 Millionen Mark Liquiditätshilfe an 26 Unternehmen. Damit seien weitere 4.113 Arbeitsplätze gesichert worden. Den Gemeinden des Kreises habe man zwischen 1971 und 1976 Finanzhilfen zur Erschließung von Industriegelände in Höhe von 2,416 Millionen DM gewährt. Neun Gemeinden des Kreises hätten Zuschüsse zu Infrastrukturprojekten in Höhe von 24.108.000 Mark erhalten. Grundsätzlich sei man dem Grundsatz Hilfe zur Selbsthilfe gefolgt.<sup>15</sup>

Überall begann man nun nach den Ursachen der Krise zu forschen. Eine Befragung des Landesarbeitsamts von 60 Unternehmen der Uhrenindustrie<sup>16</sup> ergab, dass 1976 die überwiegende Mehrzahl der Unternehmen immer noch konventionelle mechanische Uhren produzierte.

Die Struktur der Arbeitskräfte stellte sich folgendermaßen dar: 53 Prozent der Beschäftigten in den befragten Betrieben waren Männer und 47 Prozent Frauen. 72 Prozent der beschäftigten Frauen arbeiteten als Ungelernte, überwiegend im Akkordlohn.

Nur drei Prozent der weiblichen Arbeiter waren Facharbeiterinnen, bei den Männern hatten dagegen 82 Prozent eine Berufsausbildung. Selbst bei den männlichen Gastarbeitern hatten 25 Prozent einen Beruf erlernt. Bedenklich war, dass die befragten Betriebe ihre Ausbildungsplätze in den Krisenjahren wegen der hohen Kosten verringert hatten, die Uhrenkrise vermehrt auch Auswirkungen auf dem Lehrstellenmarkt hatte.

Schon früh begann das Arbeitsamt deshalb in Zusammenarbeit mit der Ausbildungslehrwerkstatt der Fa. Winkler mit Weiterqualifizierungsmaßnahmen im Arbeitsamtsbezirk. 1970 wurde bei Winkler mit der Umschulung „vom Landwirt zum Mechaniker“ begonnen. Ab 1972 gab es berufsbegleitende Weiterbildungsmaßnahmen „vom Angelernten zum Facharbeiter“, seit 1975

Grundausbildungslehrgänge „von der Jugendarbeitslosigkeit zur Beschäftigung“.<sup>17</sup>

Ende der 70er Jahre kamen die geburtenstarken Jahrgänge aus der Schule.<sup>18</sup> Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen stieg deshalb zwischen 1975 und 1979 um 87 Prozent. Das Angebot hingegen ging zwischen 1974 und 1977 um 54 Prozent zurück.<sup>19</sup> 1981 waren über 10 Prozent aller Arbeitslosen jünger als 20 Jahre.<sup>20</sup>

Etwa sieben Prozent aller Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren hatten keinen Ausbildungsplatz, 66 Prozent der betroffenen Jugendlichen waren Mädchen und 15 Prozent Ausländer. 47 Prozent hatten keinen Hauptschulabschluss.<sup>21</sup>

Über berufsvorbereitende Lehrgänge bei den Firmen Winkler KG und SABA AG versuchten der Landkreis und das Arbeitsamt<sup>22</sup> die Jugendarbeitslosigkeit von sieben Prozent auf zwei bis drei Prozent zu senken.<sup>23</sup> Zwischen 1975 und 1980 nahmen 427 Jugendliche des Kreises an solchen Lehrgängen teil.<sup>24</sup> Problemgruppen unter den Schulabgängern konnten nicht mehr ausreichend berücksichtigt werden. Man befürchtete, dass diese in kriminelle bzw. in Drogenmilieus abgleiten könnten.<sup>25</sup> Über besondere Betreuungsmaßnahmen des Arbeitsamts und der sozialen Betreuungsstelle des Landkreises sowie dem Verein für Jugendhilfe im Schwarzwald-Baar-Kreis wurde der Einstieg in die Arbeitswelt auch für diese Jugendlichen verbessert.<sup>26</sup>

## 2. Konjunkturelle Erholung von 1976 bis 1979

### a. Zunehmender Leistungsdruck in den Betrieben

Zwischen 1976 und 1979 erholte sich die Wirtschaft wieder. Im Juli 1977 lag die Arbeitslosenquote im Schwarzwald-Baar-Kreis bei 2,2 Prozent und damit bereits unter dem Landesdurchschnitt von 2,6 Prozent. Die Struktur der Wirtschaft hatte sich aber trotz der Turbulenzen wenig verändert. Das produzierende Gewerbe lag 1974 bei 66,4 Prozent, Handel und Verkehr bei 9,9 Prozent, die übrigen Dienstleistungen bei 21,0 Prozent. Die Landwirtschaft hatte einen Anteil von 2,6 Prozent.<sup>27</sup> 85,3 Prozent der Industriebetriebe gehörten zur Eisen- und Metallbranche.

Das Klima in den Betrieben hatte sich trotz wirtschaftlicher Erholungsphase erheblich verschlechtert. Das Vertrauen vieler Arbeitnehmer in ihre wirtschaftliche Zukunft war massiv erschüttert. Eine Umfrage unter dem IG Metall-Mitgliedern im Frühjahr 1979, die in 11 Betrieben durchgeführt wurde, ergab, bei 64 Prozent der Befragten habe der Leistungsdruck in den letzten Jahren zugenommen, 28 Prozent empfanden ihren Arbeitstag als sehr belastend, 60 Prozent erklärten, sie hätten keine Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten bei ihren Arbeitsabläufen, 42 Prozent glaubten, dass ihr Arbeitsplatz unsicher sei, 34 Prozent befürchteten Nachteile, wenn der Arzt sie krank schrieb.<sup>28</sup>

Ein ehemaliger Facharbeiter erinnert sich: *„1975 habe ich geheiratet, 1975 hab ich dann einen neuen Job bekommen in der Firma, Der Job der [fraß] mich fast auf. Der Arzt meinte, suchen sie sich einen anderen Job. – Hab ich gesagt, ich hab ein Kind, ich hab gebaut, so einfach ist das nicht. Der Arzt: Sie müssen zurückdrehen. Mit Medikamenten habe ich es dann geschafft.“*

Die Betriebe suchten ihre Kosten zu verringern durch effizienzsteigernde Umorganisationen, Abbau von Arbeitsplätzen und durch Reduzierung der Lohnkosten. Mit einem Tarifvertrag zur Einkommenssicherung der Arbeiter und Angestellten reagierte die IG Metall auf diese Entwicklung.<sup>29</sup> Weitere Arbeitszeitverkürzungen sollten nach gewerkschaftlichen Überlegungen neue Arbeitsplätze schaffen.

Während der Tarifverhandlungen im Februar 1978, bei denen die südbadischen Unternehmer sich im Gegensatz zu den südwürttembergischen anfangs den Forderungen der IG Metall verweigerten, kam es in der Alu-Gießerei zu einer dreißigminütigen Arbeitsniederlegung.<sup>30</sup> Im März 1978 gab es Warnstreiks bei Kienzle Apparate, bei der SABA, in der Alu-Gießerei, bei Binder-Magnete, bei Burger-Spritzguß, bei Winkler und den Elektro-Isolierwerken. Bei Kienzle Apparate machten die Streikenden mit Transparenten und Sprechchören auf sich aufmerksam: *„Abgruppierung ist gemein – Besitzstandssicherung muß sein.“*<sup>31</sup>

Am 1. 5. 1978 trat der „Tarifvertrag zum Schutz

der Eingruppierung und zur Verdienstsicherung bei Abgruppierung“ in Kraft. 1979 wurde ein Stufenplan für die Verlängerung der Urlaubstage auf 30 Tage ausgehandelt.<sup>32</sup>

Obwohl viele Menschen der Region in den 70er Jahren um ihre Arbeitsplätze zittern mussten, in manchen Familien die Einkommen der Ehefrauen wegfielen, zeigte gerade die alljährliche Südwest-Messe, die Konsumentenshow der Region, dass die Konsumgesellschaft sich in der Region durchgesetzt hatte. Die Besucherzahlen der Südwest-Messe blieben hoch, vielleicht hatte man jetzt sogar mehr Zeit, sich dem Ausbau seines Häusles zu widmen. Renner waren Reise-Buchungen, Caravans, Geschirrspüler, Tiefkühltruhen und Mikrowellengeräte.<sup>33</sup> Die Freizeit hatte zugenommen, wurde wichtiger als die Arbeit und der Preisverfall, vor allem bei Geräten der Unterhaltungselektronik, ermöglichten es vielen bei dieser Entwicklung mitzuhalten.<sup>34</sup>

## b. Ursachenforschung

Zur Analyse der Wirtschaftskrise wurden zwei Studien ausgeschrieben: eine Studie über die „Technologie und Markttendenzen in der Uhrenindustrie“ (Mackintosh-Studie) und eine sozialwissenschaftliche Begleitstudie „Auswirkungen der Technologie-Entwicklung auf Arbeitsplätze und Unternehmen in der deutschen Uhrenindustrie“ (Töpfer-Studie).<sup>35</sup>

Die Mackintosh-Studie betonte die im Vergleich zu den ausländischen Wettbewerbern hohen Personalkosten der Uhrenindustrie. Im internationalen Wettbewerb wirkten sich vor allem die weltweit höchsten Lohnnebenkosten der Bundesrepublik aus.<sup>36</sup> Im bundesdeutschen Vergleich seien die Löhne der Uhrenindustrie zwar niedrig, gerade aber bei den niedrigen Löhnen hätten sich die seit den 50er Jahren von Gewerkschaften erstrittenen Lohnerhöhungen erheblich stärker ausgewirkt als bei den hohen.<sup>37</sup>

Eine Umstellung auf elektronische Uhren könne eine Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht bringen, schließlich hätten die elektronischen Uhren eine wesentlich geringere Fertigungstiefe. Um den aktuellen Beschäftigungsstand

zu halten, müsste die Uhrenindustrie dann wesentlich höhere Umsätze erreichen.<sup>38</sup>

Die Studie schlug eine Verlagerung der Produktion der Uhrenindustrie in Billiglohnländer vor.<sup>39</sup> Dadurch könnte der durch die Umstellung auf Quarzuhren veraltete Maschinenpark weiter verwertet werden, es könnten Absatzmöglichkeiten ausgeweitet und Zölle umgangen werden. Ein solches Vorgehen sei aber nur finanzstarken Unternehmen möglich.<sup>40</sup> In Deutschland selbst Quarze herzustellen, mache keinen Sinn mehr, weil die amerikanischen und japanischen Hersteller die Märkte bereits mit ihren Überkapazitäten überschwemmen.<sup>41</sup> Die deutsche Uhrenindustrie jedenfalls war nach Ansicht der Experten nicht in der Lage, Bauelemente und Batterien „selbst zu entwickeln“.

Die Autoren urteilten, *„die große Stärke der deutschen Uhrenindustrie [werde] auch in der absehbaren Zukunft auf dem Gebiet der mechanischen Technik liegen. Als bedeutend könnte sich das Knowhow in der Entwicklung kostensparender Mechanismen in Metall – aber auch in Kunststofftechnologie erweisen.“*<sup>42</sup> Da mit den Uhren auf Dauer in einem Hochlohnland kein Geld mehr zu verdienen sei, sollte die Industrie auf sinnvolle Diversifikationsprodukte aus dem Bereich der Feinwerktechnik umstellen.<sup>43</sup>

Die Produkte müssten vor allem höherwertig sein, Massenproduktion habe in Deutschland keine Zukunft mehr.<sup>44</sup> Die Autoren der Mackintosh-Studie waren überzeugt: *„Wenn die deutschen Uhrenhersteller... den weltweiten Herausforderungen des Wettbewerbs gewachsen sein wollen, müssen sie bereit sein, die historisch gewachsenen Strukturen der deutschen Uhrenindustrie in Frage zu stellen und sie den neuen Anforderungen anzupassen.“*<sup>45</sup>

Die Töpfer-Studie<sup>46</sup> stellte fest, dass eine Umstellung auf die neue Quarztechnologie die Anzahl der Arbeitsplätze weiter drastisch verringern werde. Trotzdem müsse die deutsche Uhrenindustrie auf diese Technologie umstellen, wenn sie nicht ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verlieren wolle.

An der Uhrenkrise Mitte der 70er Jahre sei die Quarzuhr nur in ganz geringem Umfang schuld

gewesen, in Zukunft würden die neuen Technologien die Arbeitsplätze aber rapide verringern.

Die bevorstehende Einführung der Halbleitertechnik würde aber nicht nur die Arbeitsplätze der Uhrenindustrie bedrohen, sondern auf Dauer sämtliche Industriebereiche betreffen mit nicht überschaubaren weiteren negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.<sup>47</sup>

Für den Fertigungsbereich rechnete die Töpfer-Studie mit einem starken Rückgang der Arbeitsplätze. Von den 60 Teilen der mechanischen Uhr blieben bei einer Quarzuhr mit Analoganzeige noch 40 Teile übrig, 29 mechanische und 11 elektronische. Eine Quarzuhr mit elektronischer Anzeige habe gerade noch 9 Teile, nur drei davon mechanisch.<sup>48</sup>

Die Halbleitertechnik würde aber nicht nur das Produkt Uhr selbst, sondern auch durch neue Fertigungsprozesse die weitere Automatisierung rasant verändern.

Anteile der Funktionsbereiche an der Gesamtbeschäftigung 1978 in Prozent

Bereich	Kleinuhrn	andere Großuhrn	Wecker	techn. Uhren
Marketing	7,4	6,3	2,5	8,3
Technik	4,2	4,9	2,1	8,8
Produktion	81,4	85,7	91,6	82,7
Service	7	3,1	3,8	0,2

Abb. 6: Funktionsbereiche der Uhrenindustrie 1978.

1978 machte die Produktion in den Betrieben der deutschen Uhrenindustrie noch zwischen 80 und 90 Prozent aus. Im Bereich Marketing waren nur zwischen 2,5 und 8 Prozent des Personals beschäftigt, im Bereich Technik zwischen zwei und acht Prozent und im Service zwischen 0,2 und 7 Prozent.

Kritisiert wurden von der Töpferstudie die autonomen Organisationsstrukturen der Klein- und Mittelbetriebe, in denen der Chef in der Regel alles entscheide.<sup>49</sup>

Die Unternehmen bräuchten jetzt, so die Meinung der Autoren, spezialisiertes Wissen, was in den vorhandenen Betriebsstrukturen nicht zur Verfügung stehe. Über Beratung durch externe Stellen und durch staatliche finanzielle Unterstützung<sup>50</sup> sollten diese massiven Defizite ausgeglichen werden.

Für die nahe Zukunft sah Töpfer bis 1985 bei konstantem Absatz einen Verlust an Arbeitsplät-

zen zwischen 20 und 50 Prozent voraus. Dies würde ganz besonders den Fertigungsbereich der Großuhrenindustrie betreffen, der immer noch sehr personalintensiv sei.<sup>51</sup> Zunehmen würden in Zukunft in den Unternehmen „die dem Produktionsbereich vor- und nachgelagerten Bereiche“, was erheblich mehr qualifiziertes Personal im technischen und kaufmännischen Management erfordern würde.<sup>52</sup> Die Überwindung der Krise war nur möglich durch mehr qualifiziertes und besser ausgebildetes Personal.

Die wenigsten Beschäftigten der Uhrenindustrie waren sich 1978 bewusst, wie sehr ihre Arbeitsplätze durch die neue Mikroprozessortechnik bedroht waren.<sup>53</sup> 66 Prozent hofften auf eine wirksame Hilfe durch den Staat. In dieser Hinsicht waren sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich, beide warteten auf Hilfe durch den Staat.<sup>54</sup>

### 3. Die Zweite Ölkrise 1980 bis 1983

#### a. Rückgang der Einwohnerzahlen und Einbruch bei den Beschäftigten

Ein zweiter Ölpreisschock machte sich ab 1980 auf dem einheimischen Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Arbeitslosenquote stieg wieder an, jetzt von 2,1 Prozent im Jahr 1980 auf 7,6 Prozent im Jahr 1983.<sup>55</sup> Sie blieb bis 1991 auf relativ hohem Niveau und sank in der ganzen Zeit nie unter 3,9 Prozent.

Der Schwarzwald-Baar-Kreis verlor von 1974 bis 1985 rund 13.000 Einwohner. In Villingen-Schwenningen betrug der Einwohnerverlust zwischen 1973 und 1987 6.233 Personen oder rund 7,5 Prozent der Bevölkerung.<sup>56</sup> Zwischen 1980 und 1987 verließen 2.700 Personen, darunter 1.600 Ausländer die Stadt.<sup>57</sup>

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Arbeitsamtsbezirk Villingen-Schwenningen fiel 1983 unter das Niveau von 1977 und blieb hinter der baden-württembergischen Entwicklung zurück.<sup>58</sup>

Vor allem junge Menschen zogen weg, weil sie in der Region keine Perspektive mehr sahen, dagegen nahm die Zahl der Rentner und Pensionäre zu.

Wer nicht weg zog, nahm manchmal lange Fahrten zum Arbeitsplatz in Kauf. So sind für 1992 „über 700 Bewohner aus dem Schwarzwald-

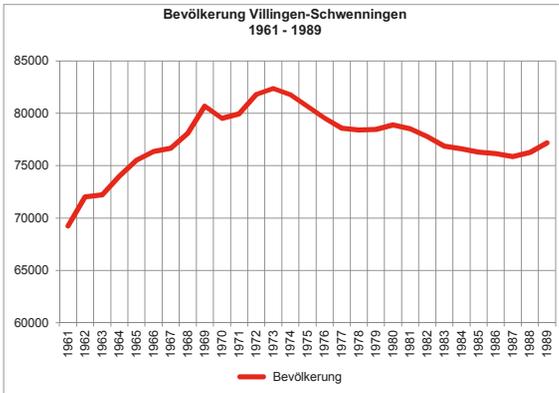


Abb. 7: Bevölkerungsrückgang.

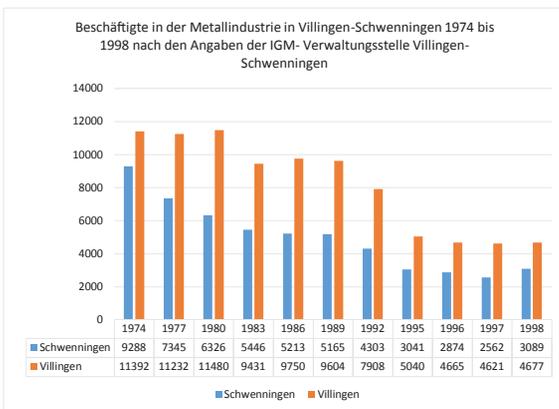


Abb. 8: Beschäftigungsrückgang in der Metallindustrie.

Baar-Kreis" nachgewiesen, die „ihren Arbeitsplatz in Stuttgart und der Region mittlerer Neckar" hatten.<sup>59</sup> Die Wirtschaftskraft der Region „verharnte" bei 90% des Landesdurchschnitts. Die Beschäftigtenzahlen stagnierten, die Summe der Löhne und Gehälter von 1980 wurde erst 1985 wieder erreicht, die Gesamtumsätze von 1980 erst wieder 1988.<sup>60</sup> Die niedrigen Einkommen waren auch die Ursache dafür, dass gerade Höherqualifizierte abwanderten.<sup>61</sup> Die Region hatte ein „Image des wirtschaftlichen Rückstands entwickelt." Besonders betroffen war die Stadt Villingen-Schwenningen, weil hier Wirtschaftsbereiche stark waren, wie Feinmechanik, Uhrenindustrie und Unterhaltungselektronik, die mit den Auswirkungen des Strukturwandels kämpfen mussten.<sup>62</sup> Auffallend war im Vergleich zum übrigen Baden-Württemberg auch der niedrige Anteil an Facharbeitern.

#### 4. Phase der konjunkturellen Erholung 1984 bis 1990

##### a. Veränderung der Wirtschaftsbereiche und Förderung von Bildung und Innovationen

Ab 1983 stieg die Zahl der sozialversicherungs-pflichtigen Beschäftigten bis 1992 im Schwarzwald-Baar-Kreis um rund 13 Prozent von 74.079 auf 83.897.63. Diese Zunahme der Beschäftigten wurde begleitet von einer Verschiebung zwischen den Wirtschaftssektoren. Das produzierende Gewerbe war 1992 mit einem Anteil von 54 Prozent im Arbeitsamtsbezirk immer noch sehr stark.

Die Arbeitsplätze in der Uhrenindustrie nahmen von 1983 bis 1993 um weiter 30,6 Prozent ab. In der Kunststoffverarbeitung verdoppelten sich hingegen die Arbeitsplätze.

Die meisten Beschäftigten mit über 14.813 Personen bzw. einem Anteil von 32,4 Prozent am produzierenden Gewerbe arbeiteten 1992 im Bereich EDV-Anlagen, Büromaschinen und Elektrotechnik.<sup>64</sup> Hier stagnierte aber die Produktion zwischen 1982/83 und 1988 wie das Beispiel Mannesmann-Kienzle zeigt. Gekennzeichnet war diese Phase durch eine weitere Hinwendung zur Mikrotechnik, Mikroelektronik und Kunststoffverarbeitung. Die Monostrukturierung der Region schien beendet.<sup>65</sup>

Der Dienstleistungsbereich im Arbeitsamtsbezirk nahm durchweg zu.<sup>66</sup>

Durch die Firmenübernahmen bei Saba durch Thomson-Brandt und bei Kienzle Apparate durch Mannesmann kam es zu „Auslagerungen unternehmerischer Entscheidungszentren".<sup>67</sup> Dies bedeutete, dass die Bedürfnisse der Region bei den Unternehmensentscheidungen nicht mehr berücksichtigt wurden.<sup>68</sup> Was ein weiteres Risiko für den Erhalt von Arbeitsplätzen nach der Einschätzung des ehemaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel darstellte: „Die Weltfirmen reagieren sehr schnell auf Konjunkturschwankungen, bauen rigoros Arbeitsplätze ab und [zwar]... außerhalb der Zentrale in Bereichen, die sie irgendwo dazu gekauft haben.... Das war natürlich nicht gut, dass das ausländische große Firmen waren, die beim ersten Säuseln der Wirtschaftskrise die Filialen abgebaut und am Ende... mehr oder weniger geschlossen haben."<sup>69</sup>

Viele mittelständische Betriebe verzichteten vermehrt auf eine komplette eigene Herstellung ihrer Produkte. Vorprodukte und Teile wurden zugekauft. Dies führte zu dem, dass ganze Betriebsteile z. B. an ehemalige Mitarbeiter verkauft wurden und grundsätzlich keine Arbeitsplatzverluste bedeuten musste. Oft wurden die benötigten Teile aber aus anderen Regionen zugekauft, was Arbeitsplätze dann wieder reduzierte.<sup>70</sup>

Die Region wurde zur Region der Zulieferer für den Motoren- und Fahrzeugbau (ca. 75 Prozent),<sup>71</sup> einem Wirtschaftsbereich, der aufgrund des Kostendrucks durch die Automobilfirmen stark rationalisiert war, was weitere Arbeitsplätze gefährdete.<sup>72</sup>

Die Prognos AG Basel stellte 1990 kritisch fest, der Mittelstand orientiere sich nur kurzfristig, unterlasse Innovationen. Es fehle Verknüpfung von Produktentwicklung und Marketing.<sup>73</sup> Die Wirtschaftsstruktur in Villingen-Schwenningen war zwischen 1983 und 1992 heterogener geworden. Die Zahl der Arbeitsplätze hatte sich verringert, die Qualität der Arbeitsplätze sei aber besser geworden, der Fachkräftebedarf gestiegen. Die Nachfrage nach An- und Ungelernten nahm ab, dafür nahm die Beschäftigung von Angestellten und Ingenieuren zu. Es gab Facharbeitermangel, weil die heimischen Betriebe zu wenig ausbildeten.<sup>74</sup> Die Region hatte mit ca. 32 Prozent Facharbeiteranteil in der Metallindustrie die geringste Facharbeiterdichte in Baden-Württemberg, zum Vergleich: in Ulm betrug die Facharbeiterdichte 55 Prozent und in Friedrichshafen 56 Prozent.<sup>75</sup>

Zwischen 1986 und 1992 musste das Arbeitsamt sich mit einer deutlich zurückgehenden Ausbildungsneigung der Betriebe auseinandersetzen<sup>76</sup>, dafür machten jetzt mehr Jugendliche höhere Bildungsabschlüsse. Waren es 1980 noch fast die Hälfte aller Schulabgänger, die einen Hauptschulabschluss hatten, so waren es 1992 noch 37,8 Prozent, fast 30 Prozent schlossen jeweils mit der Mittleren Reife bzw. dem Abitur ihre Schullaufbahn ab.<sup>77</sup> Immer mehr Jugendliche strebten höhere Bildungsabschlüsse an<sup>78</sup> und fielen damit dem Arbeitsmarkt für mehrere Jahre nicht mehr zur Last.<sup>79</sup> Der Rückgang der Schulabgänger durch

geburtenschwächere Jahrgänge ab 1985 entspannte die Lage auf dem Ausbildungsmarkt weiter.<sup>80</sup>



*Abb. 9: Ministerpräsident Erwin Teufel.  
(Stadtarchiv Villingen-Schwenningen).*

Viele Hoffnungen wurden 1988/89 in den Aufbau der Hochschul-Außenstelle Villingen-Schwenningen mit anfangs 35 Studenten gesetzt. Die angebotenen Studiengänge waren zukunftsweisend (Werkstoff- und Oberflächentechnik, Bioingenieurwesen, Maschinenbau/Automatisierungstechnik). Für den damaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel stellte sich die Situation in diesen Jahren folgendermaßen dar: Das Land könne in die Wirtschaft nur über die Bildungspolitik eingreifen. In dieser Zeit seien viele berufliche Gymnasien eingerichtet und damit viele junge Menschen zu einer Hochschulreife gebracht worden. Weitere Maßnahmen waren bereits 1976 die Einrichtung einer Berufs-Akademie in Villingen-Schwenningen. Die Zeit der Hochschulgründungen war, als die Strukturkrise begann, leider vorbei, es gelang aber die Fachhochschule für die Polizei hierher zu bringen. Für Erwin Teufel war

es wichtig, dass anwendungsbezogene Forschung für die mittelständischen Betriebe in der Region zur Verfügung stand. „Dann haben wir dieses Forschungsinstitut gegründet... 50 Millionen sind in dieses Forschungsinstitut nach Villingen-Schwenningen geflossen. Ausschließlich mit der Zielsetzung... Forschung für den Mittelstand [zu betreiben]... Indirekt und langfristig führten diese Innovationen natürlich auch zu Arbeitsplätzen... Ich glaube, dass neben der Hauptaufgabe [der Bildung] die Ausbildung junger Leute... langfristig gesehen, über ein, zwei Generationen betrachtet, auch die Auswirkungen [dieser Maßnahmen auf den Arbeitsmarkt] noch sehr viel deutlicher sichtbar“ werden.<sup>81</sup>

### **b. Weniger Arbeitslose durch Arbeitszeitverkürzung?**

1984 besserte sich die Lage der heimischen Industrie. Der Verlust der Arbeitsplätze veränderte die gewerkschaftlichen Ziele der IG Metall in der Region erheblich. Wichtiges Ziel wurde der Erhalt der Arbeitsplätze. Dies versuchte man durch die Reduzierung der Arbeitszeit zu erreichen. Im Frühjahr 1984 begann die IG Metall in der Region mit dem Kampf um die 35-Stunden-Woche. In Nordwürttemberg-Nordbaden und in Hessen wurde sieben Wochen lang gestreikt. 158 Kolleginnen und Kollegen der Region stellten sich als Streikposten vor der Fa. Behr in Mühlacker zur Verfügung.<sup>82</sup> Die Tarifverhandlungen zwischen der südbadischen Metallindustrie und den Gewerkschaften in Bad Dürkheim wurden begleitet von kurzen Arbeitsniederlegungen in den Villingen Metallbetrieben. 1.000 Gewerkschafter vor dem Haus des Gastes in Bad Dürkheim hatten Transparente mit folgenden Aufschriften dabei: „Die Sauerei ist riesengroß, drei Millionen arbeitslos“ oder „Lieber auf die Straße gehen, als bei Stingl Schlange stehen.“

Der Arbeitgebervertreter Eisele war überzeugt, die 35-Stunden-Woche bedeute für die Unternehmen durchschnittlich eine Lohnerhöhung von 14,3 Prozent und 4,5 Prozent Steigerung der Fixkosten durch unausgelastete Maschinen. Deshalb würden keine Leute eingestellt werden, sondern nur wei-

tere entlassen.<sup>83</sup> Der ausgehandelte Kompromiss schließlich brachte ab dem 1. April eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden.

Erkauft wurde dieses Ergebnis durch flexible Regelungen, die es im Wesentlichen den einzelnen Betrieben überließen, wie sie die Kürzung der Wochenarbeitszeit umzusetzen gedachten.<sup>84</sup> Die IG Metall versprach sich von dem Einstieg in die 35-Stunden-Woche die lang erhoffte Trendwende auf dem Arbeitsmarkt.<sup>85</sup>

Durch die verschiedenen Entlassungswellen und Konkurse musste die IG Metall, um möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten, eine Vielzahl unterschiedlichster betriebsspezifischer Lösungen entwickeln. Die Regelungskompetenzen der Tarifparteien wurden dadurch mehr und mehr dezentralisiert<sup>86</sup> und von den Geschäftsführern, Betriebsräten und örtlichen Gewerkschaftsfunktionären wahrgenommen.

Ab dem 26. April 1985 konnten Arbeitnehmer auf Grund des neuen Beschäftigungsförderungsgesetzes befristet eingestellt werden und Leiharbeit bis zu 6 Monaten ausgedehnt werden.<sup>87</sup>

## **5. Die Wirtschaftskrise der 90er Jahre**

### **a. Das Jahr 1994 – Das schlimmste Jahr seit 1945**

1992 kam es zu einem heftigen Beschäftigungseinbruch. Im Februar 1993 meldete das Arbeitsamt, Spitze sei Villingen-Schwenningen nur was die Zahl der Arbeitslosen angeht. Die Stadt hätte landesweit die höchste Zahl an Arbeitslosen. Oberbürgermeister Dr. Gebauer sprach in diesem Zusammenhang vom „*schwierigsten Zustand seit 1945.*“<sup>88</sup> Zum Jahreswechsel 1993/94 näherte sich die Arbeitslosenquote des Arbeitsamtsbezirks der 10-Prozent-Marke.<sup>89</sup> Die Arbeitslosigkeit im Oberzentrum lag mit 10,5 Prozent<sup>90</sup> weit über dem Durchschnitt in Baden-Württemberg. „Hier macht sich die Konzentration eines Großteils der Metall- und Elektroindustrie des Arbeitsamtsbezirks in der Stadt Villingen-Schwenningen deutlich bemerkbar.“ Gerade in diesen Branchen sei in den vergangenen 15 Monaten vielen Arbeitnehmern gekündigt worden oder sie seien mit Aufhebungsverträgen vorzeitig ausgeschieden.<sup>91</sup>

Man befinde sich in „einer Phase gigantischer Arbeitsplatzvernichtung“. „Im Schwarzwald-Baar-Kreis fallen die Arbeitsplätze wie die Blätter von den Bäumen“, so der Geschäftsbericht der IG Metall. Nirgendwo sonst in Baden-Württemberg sei die Entwicklung so drastisch. „Mannesmann-Kienzle sei noch vor zwei Jahren größter Arbeitgeber mit rund 4.000 regionalen Beschäftigten gewesen“. Mannesmann und Digital hätten nach der Aufteilung zusammen jetzt noch insgesamt 3.000 Mitarbeiter mit sinkender Tendenz. Die Fa. Binder hatte 1991 noch 1.300 Mitarbeiter, im kommenden Jahr würden es noch 850 sein. Bei der Aluminiumgießerei Villingen werde die Zahl der Beschäftigten von 1.000 auf 750 heruntergefahren. Die Dufa/Kienzle-Gruppe schrumpfe von 1.000 Mitarbeiter auf rund 500 im kommenden Jahr.<sup>92</sup> Im Dezember 1992 kam es zum Konkurs der Firma URGOS mit 92 Beschäftigte. 1993 stand die Alu-Gießerei kurz vor dem aus.<sup>93</sup> Um das Weiterbestehen des Unternehmens zu sichern, verzichteten die Beschäftigten auf einen Monatslohn, was den Konkurs aber nicht verhindern konnte.

Die Krise belastete die Region. Am 3. Dezember 1993 kam es zu einer großen Kundgebung auf dem Münsterplatz in Villingen, bei der neben den Betriebsräten betroffener Betriebe auch der Landrat Dr. Rainer Gutknecht und der IG Metall-Bezirksbevollmächtigte Günter Güner sprachen. Landrat Gutknecht stellte fest, die Auswirkungen der hohen Arbeitsplatzverluste würden nicht nur die Arbeitnehmer in den Betrieben betreffen. „Auch die öffentlichen Verwaltungen sind unmittelbar betroffen: Die Kosten für die Arbeitslosen und ihre Familien müssen zu einem großen Teil vom Landkreis und den Gemeinden aufgebracht werden. Die kommunalen Haushalte können diese Lasten aber schon jetzt kaum mehr tragen.“

### b. Die Ursachen der Krise

Nach der Einschätzung des ehemaligen Geschäftsführers von Binder/Kendron, Heinz Freitag, habe es Anfang der 90er Jahre drei grundsätzliche Probleme gegeben:<sup>94</sup>

1. Wenige Jahre vorher sei man noch überzeugt gewesen, die Riesencomputer seien die Zukunft

der EDV-Industrie. Der Personal Computer sei aber dann für alle ziemlich überraschend über Nacht gekommen. Dies habe dazu geführt, dass IBM seine Fertigung bei Binder kündigen musste.

2. Binder habe zu 70 bis 80 Prozent für den deutschen Maschinenbau gefertigt. Neue CNC-Steuerungen hätten damals die mechanischen Kurvensteuerungen der Werkzeugmaschinen abgelöst. Die deutsche Maschinenbauindustrie sei dann wegen der technologischen Überlegenheit der japanischen Maschinenbauer in die Krise geraten.
3. In vielen deutschen Unternehmen seien die Strukturen ineffizient gewesen.

Die beschriebenen Entwicklungen betrafen damals viele Unternehmen. Globalisierung, Technologiewandel, Elektronik führten in den 90er Jahren zu sprunghaften Veränderungen.<sup>95</sup> Besonders in den 90er Jahren versuchten deshalb viele heimischen Betriebe „überflüssigen Ballast“ abzuwerfen, was zu hohen Einbrüchen der Beschäftigtenzahlen führte.

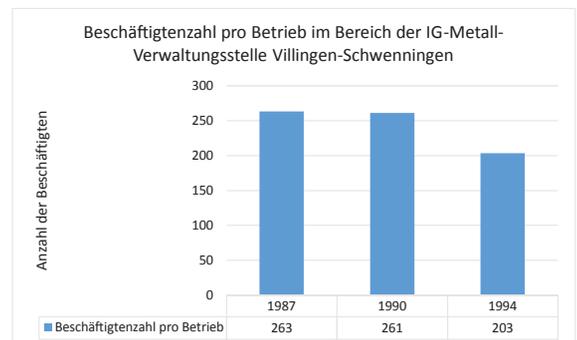


Abb. 10: Rückgang der Beschäftigten in den Betrieben.

Phasen von Veränderungen müssen immer auch durch Aus- und Weiterbildung begleitet werden. Es war die Zeit, in der die Maschinen auf CNC-Maschinen umgestellt wurden. Siegfried Reith erinnert sich: „Die Unternehmer waren der Meinung, wenn man das Programm kauft, dann funktioniert das von allein. Die haben die CNC-Maschinen gekauft, aber sie hatten keinen, der die bedienen konnte. Da haben wir dann am Abend CNC-Lehrgänge gemacht vom Montag- bis zum Freitagabend. Und am Samstagmorgen. Wir haben

sechs parallel laufende Lehrgänge gehabt,... Und das Arbeitsamt war bereit die Lösung zu finanzieren.<sup>96</sup>

### c. Veränderte Struktur der Arbeitslosigkeit

Zu Beginn des Ausbildungsjahres 1993/94 wurden 40 Prozent weniger Auszubildende eingestellt, obwohl die Region einen viel zu niedrigen Facharbeiteranteil hatte gegenüber anderen baden-württembergischen Industrieregionen.<sup>97</sup>

Für manche dauerte die Arbeitslosigkeit immer länger. Im September 1994 waren 2.908 Personen bereits 12 Monate arbeitslos; 1.029 Personen hatten schon zwei Jahre Arbeitslosigkeit hinter sich, 261 Personen waren mehr als 4 Jahre arbeitslos. Ein hoher Anteil dieses Personenkreises war über 55 Jahre alt.<sup>98</sup>

Immer mehr Arbeitslose bekamen wegen der Dauer der Arbeitslosigkeit Arbeitslosenhilfe.<sup>99</sup> 1992/93 verdoppelte sich die Ausgaben für das Arbeitslosengeld, die Kosten für die Arbeitslosenhilfe stiegen um 85 %, das Kurzarbeitergeld verdreifachte sich in der gleichen Zeit. 1992 wur-

**EINE REGION IN NOT**

Vom **dramatischen Arbeitsplatzverlust** sind betroffen:

- Die Beschäftigten, die bereits Arbeitslosen und ihre Familien
- Handel, Gewerbe und Dienstleister
- Städte, Gemeinden, Landkreis und viele andere

Wir rufen **alle Betroffenen** auf, zu einer Kundgebung für eine wirksame Beschäftigungspolitik:

**Freitag, 3. Dezember 1993, 15 Uhr, VS-Villingen, Münsterplatz**

Rahmenprogramm mit Infoständen ab 14.00 Uhr

Es sprechen:

- Dr. Rainer Gurtknecht, Landrat des Schwarzwald-Baar-Kreises
- Ginter Glüner, IG Metall VS
- Soaja Benz, Betriebsratsvorsitzende Tobias Bäuerle, St. Georgien
- Peter Ruff, Betriebsratsvorsitzender Digital Kienzle, VS-Villingen
- Norbert W. Tschäpässen, Betriebsratsvorsitzender Mannesmann Kienzle, VS-Villingen

**Wir brauchen eine Zukunft!**

IG Metall DGB

Abb. 11: IGMetall, Flugblatt von 1993.

den vom Arbeitsamt Villingen-Schwenningen 200 Mill. DM an Arbeitslosenhilfe und Kindergeld ausbezahlt.<sup>100</sup>

Im Dezember 1992 hatte sich die Kurzarbeit innerhalb eines Jahres mehr als verdreifacht. Die Arbeitslosigkeit nahm im gleichen Zeitraum bei den Fertigungsberufen um 60 Prozent zu, bei Ingenieuren und Technikern stieg die Arbeitslosigkeit sogar um 95 Prozent.<sup>101</sup> Arbeitsplätze gab es nur noch im Hotel- und Gaststättenbereich.<sup>102</sup> Absolventen aus schulischen Ausbildungsgängen fanden keine Arbeit. Auszubildende wurden nicht mehr übernommen.<sup>103</sup>

Die Betriebe versuchten ihre älteren Mitarbeiter, die wegen ihrer langen Zeit der Betriebszugehörigkeit praktisch unkündbar waren, mit Abfindungssummen zu Aufhebungsverträgen zu überreden. In den ersten 10 Monaten des Jahres 1993 waren zwischen 1/5 und 1/4 der Arbeitslosen über 55 Jahre alt.<sup>104</sup> Nach wie vor war der Anteil der Frauen an der Arbeitslosigkeit sehr hoch.<sup>105</sup>

In dieser Zeit kam es für die Gewerkschaften darauf an, betriebsbedingte Kündigungen möglichst zu vermeiden. Dies geschah unter anderem durch betriebliche Interessenausgleichsvereinbarungen, die Vorruhestandsregelungen, Gewährung von Erziehungsurlaub, Unterbrechung der Arbeit durch Weiterbildung, Kurzarbeit, Vermeidung von Mehrarbeit, Einstellungsstopps und Teilzeitarbeit nutzten.<sup>106</sup> 30 Interessenausgleiche und Sozialpläne wurden so in der einheimischen Metallindustrie ausgehandelt.<sup>107</sup>

Über Beschäftigungssicherungs-Tarifverträge versuchte die IG Metall durch abgesenkte Arbeitszeiten, die durch Strukturkurzarbeit, Abfindungen und Einkommenskürzungen finanziert wurden, weitere Entlassungen zu verhindern, so bei den Firmen Johann Jäckle, Forest, Winkler, Burger Spritzguss und Binder Magnete.<sup>108</sup>

Durch die vielen Entlassungen veränderte sich die Zusammensetzung der Metallarbeiterschaft. Zwischen 1980 und 1994 nahmen die männlichen Beschäftigten um 21 Prozent, die weiblichen um 34 Prozent, Ausländer um 43 Prozent, ungelernete Arbeiter um 31 Prozent, Facharbeiter um 13 Prozent und Auszubildende um 38 Prozent ab.<sup>109</sup>

Entwicklung der Beschäftigten im Bereich der IGM -Verwaltungsstelle Villingen -Schwenningen										
Jahr	1980	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	
Männer	25761	24780	24331	24670	25270	25576	24656	22137	20455	
Frauen	16345	13875	13533	13590	14131	14088	13465	11558	10842	
Deutsche	33016				33105	33346	32039	28099	26045	
Ausländer	9080	6349	6062	6120	6296	6318	6296	6296	5252	
Arbeiter	28969	25700	24836	25070	25896	25945	24612	21363	20023	
Facharbeiter	8182				8261	8120	7976	7192	7192	
Angestellte	11399	11045	11126	11440	11752	12015	11967	10989	10189	
Auszubildende	1738	1910	1902	1750	1753	1704	1542	1343	1085	
weibl. Auszub.	388				424	385	369	315	242	
Gesamt	42106	38655	37864	38260	39401	39664	39121	33695	31297	

Abb. 12: Entwicklung der Beschäftigten in der Metallindustrie.

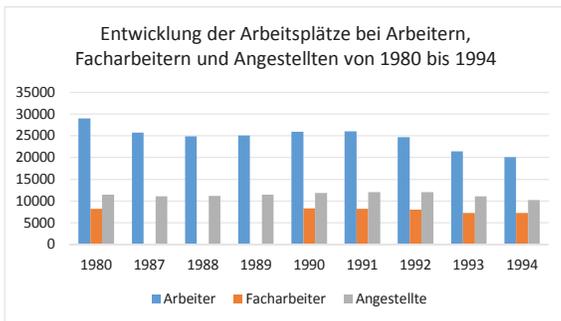


Abb. 13: Das Verhältnis von Arbeitern, Facharbeitern und Angestellten.

Es gab einen Trend weg vom Flächentarifvertrag hin zur Betriebsvereinbarung. Immer mehr Unternehmen traten aus dem Arbeitgeberverband aus. Im Bereich der IGM-Verwaltungsstelle Villingen-Schwenningen hatten fünf Prozent der Betriebe einen Anerkennungstarifvertrag, 38 Prozent hatten keinen Betriebsrat mehr, 16 Prozent der Betriebe hatten einen Betriebsrat, waren aber nicht mehr tarifgebunden. Nur noch 41 Prozent der Unternehmen gehörten dem Arbeitgeberverband Südwest Metall an.<sup>110</sup>

#### d. Qualifikationsaustausch in den Betrieben und Förderung von Existenzgründern

Die Anforderungen an die „neu Einstellenden“ wurden immer höher. Diese sollten sich bei den Arbeitszeiten flexibel zeigen und möglichst für weniger Geld arbeiten. Besonders galt dies bei gehobenen technischen und kaufmännischen Positionen.<sup>111</sup> Die Bewerber mussten ganz genau den Anforderungen der Unternehmen entsprechen. So wurden 1997 „bei Bürokräften neben aktuellen EDV-Erfahrungen zunehmend Kenntnisse in zwei Fremdsprachen verlangt. Bei Mitarbeitern für die Produktion [wurde] der Facharbeiterbrief verbunden mit zusätzlichen Kenntnissen... vor-

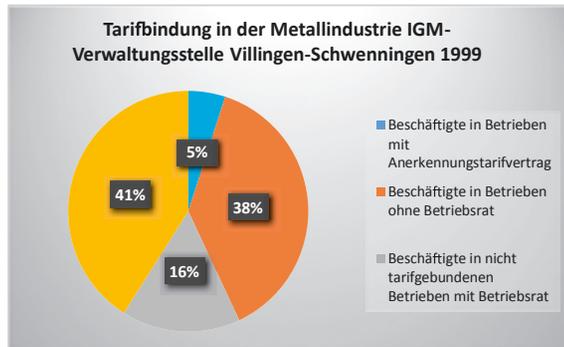


Abb. 14: Tarifbindung in der Metallindustrie.

ausgesetzt.“<sup>112</sup> Das Arbeitsamt stellte 1996 fest, die Betriebe nahmen einen „regelrechten Qualifikationsaustausch“ vor, indem sie „weniger qualifizierte Mitarbeiter durch besser ausgebildete Arbeitnehmer“ ersetzen.<sup>113</sup>

Ab Oktober 1995 wurden zunehmend anstelle von Vollzeitstätigkeiten „geringfügige Beschäftigungen auf der 580 Mark-Basis angeboten.“<sup>114</sup> Oft stellten sich die dem Arbeitsamt gemeldeten offenen Stellen auch als Tätigkeiten für Selbständige auf Provisionsbasis heraus.<sup>115</sup> Im Herbst 1996 stieg die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen wieder an. „Ihre spezifische Arbeitslosenquote erhöhte sich binnen Jahresfrist von 5,9 auf jetzt 8,5 Prozent.“<sup>116</sup> In einem Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit wurden 1999 450 Jugendliche aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis qualifiziert, die anschließend eine Festanstellung bei einem Arbeitnehmer-Überlassungs-Unternehmen erhielten.<sup>117</sup>

Das Arbeitsamt versuchte erfolgreich über alle möglichen Förderprogramme durch finanzielle Anreize, Arbeitslose wieder in Beschäftigung zu bringen.<sup>118</sup> Generell galt, Zusatzqualifikationen verbesserten die Arbeitsmarktchancen. Dies wurde z.B. mit CAD-Kursen erfolgreich versucht.<sup>119</sup> Arbeitgeber konnten für sechs Monate Lohnkostenzuschüsse bekommen, wenn sie arbeitslose Jugendliche einstellten.<sup>120</sup> Ein „Einstellungszuschuss bei Neugründungen“ unterstützte Existenzgründer, die Arbeitslose in ihren neuen Betrieb einstellten. Keinerlei Resonanz fand dagegen der „Eingliederungsvertrag für Langzeitarbeitslose“.<sup>121</sup>

Die Entlassungen hatten Auswirkungen auf die

gesamte Wirtschaft der Region. Auch das Angebot der Südwestmesse wurde durch die Arbeitslosigkeit geprägt. Fünf Minister besuchten 1994 die Messe in der Region mit der höchsten Arbeitslosigkeit. Der Mittelstand und junge Existenzgründer waren für den Staatsminister Erwin Vetter 1994 das Mittel, um von der hohen Sockelarbeitslosigkeit herunterzukommen. Finanzminister Mayer-Vorfelder wies auf die rund 850 Millionen DM des Landes hin, die in die Region in den letzten Jahren geflossen seien. Das Arbeitsamt warb auf der Messe um Ausbildungsplätze und führte Beratungsgespräche durch.<sup>122</sup> Ministerpräsident Erwin Teufel eröffnete die Südwestmesse mit der Aufforderung, angesichts der Arbeitsplatzverluste „müssen wir aufwachen, Eigeninitiative entwickeln, besser, schneller und ideenreicher als andere werden.“ „Wir brauchen junge Leute mit Mumm, die nicht von der 35-Stunden-Woche träumen.“<sup>123</sup>

Ende 1997 prognostizierte der Direktor des Arbeitsamts Horst Billing erstmals das „Ende der Talfahrt“.<sup>124</sup> Im September 1998 war mit 6,8 Prozent das beste Ergebnis auf dem heimischen Arbeitsmarkt seit 1992 erreicht.<sup>125</sup> Trotzdem ging der Umbau der regionalen Metallindustrie weiter.

Im Juli 1999 kam es zu Strukturkurzarbeit für 300 Beschäftigte, weil Betriebe umorganisierten und Teile ihrer Produktion aufgaben. Die Betroffenen wurden in Beschäftigungsgesellschaften qualifiziert, um sie für neue Arbeitsplätze bei anderen Arbeitgebern fit zu machen.<sup>126</sup> „Der Schwerpunkt der Struktur-Kurzarbeit lag im August [1999] – wie auch schon im Juli – im Maschinenbau.“<sup>127</sup>

Es gab wieder Facharbeitermangel in zahlreichen Branchen. Durch Weiterbildungsmaßnahmen des Arbeitsamts wurden viele zu Metallfacharbeitern umgeschult. Die Erfolgsquote anschließend wieder in Arbeit zu kommen lag jetzt bei 100 Prozent.<sup>128</sup> 1990 vor der Krise gab es im Schwarzwald-Baar-Kreis noch über 80.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, 10 Jahre später waren es rund 77.000, die Anzahl der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe sank von 1990 bis 2000 von rund 52.000 auf 38.000.

## 6. Fazit

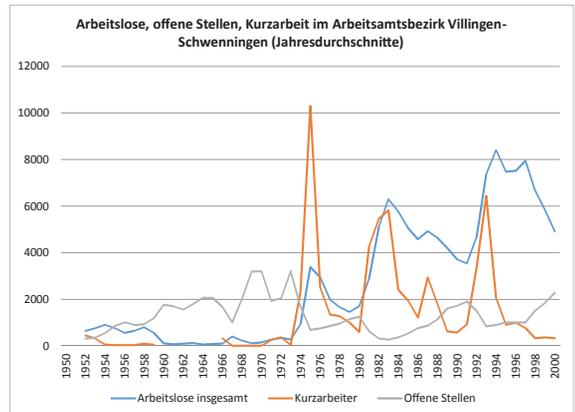


Abb. 15: Entwicklung des Arbeitsmarkts.

In den Wirtschaftskrisen 1975, 1983 und 1993 nahm die Arbeitslosigkeit stetig zu und ließ in den Erholungsphasen eine immer höhere Sockelarbeitslosigkeit zurück. Wir haben es gelernt, auch in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität mit Sockelarbeitslosigkeit zu leben. Rund drei Prozent Arbeitslosigkeit sehen wir heute nahezu als Vollbeschäftigung an.

Der Anteil der Metallindustrie an den Wirtschaftsbereichen nahm in Villingen-Schwenningen ab, der Dienstleistungsbereich nahm zu. Heute 2017 ist das Krankenhaus der größte Betrieb in Villingen-Schwenningen. 1970 gab es 45.036 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Villingen-Schwenningen bei einer Einwohnerzahl von rund 82.000, 29.073 (64 Prozent) Menschen waren im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt. 2016 hatte Villingen-Schwenningen 84.372 Einwohner und 39.483 Beschäftigte, davon 13.475 (34 Prozent) im produzierenden Gewerbe.<sup>129</sup> Dafür hatten die Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich stark zugenommen.

Die Arbeiterschaft hat abgenommen. Geändert hat sich die Zusammensetzung der Beschäftigten in der Metallindustrie, es gibt kaum noch angelegene Tätigkeiten. Facharbeiter, Techniker und Ingenieure sind heute in den Betrieben der Metallindustrie beschäftigt.

Geändert hat sich die Schulbildung der Jugendlichen. 1983 machten noch 40 Prozent aller Schulabgänger im Schwarzwald-Baar-Kreis einen

Hauptschulabschluss, 31,4 Prozent einen mittleren Bildungsabschluss und 18 Prozent schlossen mit dem Abitur ihre Schullaufbahn ab. Im Jahr 2014 hatten 19 Prozent der Schulabgänger einen Hauptschulabschluss, 48 Prozent einen mittleren Abschluss und 26 Prozent die Hochschulreife.<sup>130</sup>

Längere Schulzeiten bedeuteten, dass weniger Menschen auf den Arbeitsmarkt drängten und dieser entlastet wurde.

Die ganz großen Betriebe sind verschwunden, dafür haben wir heute sehr innovative vernetzte mittelständische Betriebe mit effizienten und flexiblen Betriebsstrukturen.

#### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Es gibt nur wenige Menschen, die bereit sind über Zeiten von Arbeitslosigkeit zu berichten, weshalb man sich diesem Phänomen nur durch Statistiken annähern kann, die leider nur marginal zu erkennen geben, welche Schicksale sich hinter ihnen verbergen.
- <sup>2</sup> Hamke, F.: Die Förderungsmaßnahmen des BMFT für die Uhrenindustrie. Ausgangslage, Förderungsmaßnahmen und Wirkungen. Untersuchung im Auftrage des VDI-Technologiezentrum, Berlin. Berlin 1982 (Masch.), S. 25.
- <sup>3</sup> SAVS 4.9-1168. Kurzbericht anlässlich der 1. Sitzung des Sonderausschusses des Landesarbeitsamts. (VDU-Bericht), S. 2. Ebd. S. 3
- <sup>5</sup> SAVS 4.9-1168, Kurzprotokoll der 1. Sitzung am 15. Dezember 1975 im Beethovenhaus. S. 3.
- <sup>6</sup> SAVS 4.9-1168 2. Sitzung des Arbeitskreises Uhrenindustrie v. 12.2.1976, Anlagen Sonderuntersuchung über die Arbeitslosigkeit in der Uhrenindustrie in den Arbeitsamtsbezirken Rottweil und Villingen-Schwenningen. Mitte Januar 1976.
- <sup>7</sup> Boelke, Willi A.: Wirtschaftsgeschichte Baden-Württembergs von den Römern bis heute. Stuttgart 1987, S. 584. Aufgrund der Erdölkrise war es auch bei VW zu Umsatzeinbrüchen gekommen, denen man durch Massenentlassungen begegnen wollte. Die Bundesregierung stellte 200 Millionen für VW-Regionen zur Verfügung, das Land gab Zuschüsse in Höhe von 60 Millionen DM, darunter Rückkehrprämien für NSU-Gastarbeiter.
- <sup>8</sup> Schwarzwälder Bote v. 12.9.1975. IG Metall geht in die Offensive. Katalog fordert Hilfe von Bund, Land und den Uhrenunternehmern.
- <sup>9</sup> Frankfurter Rundschau v. 25.10.1975 In der Uhrenindustrie schlägt die Stunde der Entscheidung
- <sup>10</sup> Vorstand IGM (Hrsg.), Branchenkonferenz „Uhren“ der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland. „Uhrenindustrie zwischen technischem Fortschritt und Wettbewerb“. 21. Oktober 1975 Sindelfingen. Frankfurt 1975, S. 99f. An dieser Konferenz nahmen auch mehrere Teilnehmer aus Villingen-Schwenningen teil: OB Gebauer, IGM-Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Villingen-Schwenningen Erich Mayer u.a.
- <sup>11</sup> Ebd. S. 59.

- <sup>12</sup> SAVS 4.9-679 Südwestfunk v. 25.10.1975 (Mitschrift) S. 4
- <sup>13</sup> SAVS 4.9-868 Argumentationspapier des VDU v. Oktober 1975.
- <sup>14</sup> Ebd.
- <sup>15</sup> SAVS 1.19.4 Nr. 7, Pressemitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Baden-Württemberg vom. 1. 9. 1977, Soziale Sicherheit an erster Stelle.
- <sup>16</sup> SAVS 4.9-1168, Arbeitslosigkeit 1977. Befragung des Landesarbeitsamts Ba Wü, Sommer 1976, S. 2.
- <sup>17</sup> Winkler-Ausbildungs GmbH, BZT (Hrsg.) Bildung-Zukunft-Technologie. Villingen-Schwenningen 2003, S. 2.
- <sup>18</sup> SAVS 1.16-11501, IG Metall Verwaltungsstelle Villingen-Schwenningen, Geschäftsbericht 1978-79-80. S. 27.
- <sup>19</sup> SAVS 1.16 - 11501, Forschungsgruppe Jungarbeiter: Jungarbeiter im Schwarzwald-Baar-Kreis. Kurzfassung eines wissenschaftlichen Gutachtens, erstellt im Auftrag des Schwarzwald-Baar-Kreises, vorgelegt am 3. Juni 1980, S. 10.
- <sup>20</sup> Billing, Horst (Hrsg.): Strukturbericht 1993 Arbeitsamt Villingen-Schwenningen, S. 81.
- <sup>21</sup> Von 762 erfassten Jungarbeitern.
- <sup>22</sup> Ebd. S. 18.
- <sup>23</sup> Ebd. S. 25.
- <sup>24</sup> Ebd. S. 28.
- <sup>25</sup> SAVS 1.16 – 11501, Anhang zum Schreiben des Landrats vom 27.11.1980 an die Mitglieder und Gäste des Arbeitskreises für Wirtschaftsfragen. Betr. Untersuchung zur Situation der Jungarbeiter im Schwarzwald-Baar-Kreis.
- <sup>26</sup> Ebd.
- <sup>27</sup> Ebd. Pressemitteilung v. 1. September 1977.
- <sup>28</sup> IG Metall Verwaltungsstelle Villingen-Schwenningen, Geschäftsbericht 1978-79-80. S. 11.
- <sup>29</sup> IG Metall Verwaltungsstelle Villingen-Schwenningen, Geschäftsbericht 1975-76-77 S. 32.
- <sup>30</sup> Badische Zeitung v. 15.2.1978. Bei der ALU-Gießerei standen gestern Morgen die Räder still.
- <sup>31</sup> Badische Zeitung vom 11.3.1978, Warnstreiks in sieben Betrieben. Massiver Protest der Metaller.
- <sup>32</sup> IG Metall Verwaltungsstelle Villingen-Schwenningen, Geschäftsbericht 1978-79-80. A.a.O. S. 33.
- <sup>33</sup> Südwestmesse. Villingen-Schwenningen 1950 bis 2008. Ausstellung für Industrie, Handel, Handwerk, Hauswirtschaft und Landwirtschaft. Baufachschau und HausBauPark. S. 70–99.
- <sup>34</sup> König, Wolfgang: Die siebziger Jahre als Konsumgeschichtliche Wende in der Bundesrepublik. In: Jarasch, Konrad H. (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008, S. 84-94, S. 92.
- <sup>35</sup> F. Hamke, Die Foederungsmaßnahmen des BMFT für die Uhrenindustrie. Ausgangslage, Foederungsmaßnahmen und Wirkungen. Untersuchung im Auftrage des VDI-Technologiezentrum, Berlin 1982, S. 60, Die Studien umfassten zusammen etwa 3.000 Seiten. Ebd. Hamke, S. 67.
- <sup>36</sup> SAVS 4.9-439 Mackintosh Consultants: Technologie- und Markttendenzen in der Uhrenindustrie, Teil A- Technologie und Produktion. Studie im Auftrag der Fraunhofergesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung. Durchgeführt im Rahmen der Förderungsmaßnahmen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie – BMFT. November 1977, S. 431.
- <sup>37</sup> Ebd. Teil A, S. 411.
- <sup>38</sup> Ebd. Teil A. S. 504/505.
- <sup>39</sup> Ebd. Teil C, S.252–254.
- <sup>40</sup> Ebd.
- <sup>41</sup> Ebd. Teil C, S. 257.

- <sup>42</sup> Ebd. Teil C, S. 262.
- <sup>43</sup> Ebd. Teil C, S. 263.
- <sup>44</sup> Ebd. Teil C, S. 271.
- <sup>45</sup> Ebd. Teil C, S. 285.
- <sup>46</sup> SAVS 4.9-419, Diplom-Volkswirt Peter Töpfer Planung und Beratung, Auswirkungen der Technologie-Entwicklung auf Arbeitsplätze und Unternehmen in der deutschen Uhrenindustrie. Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse. Untersuchung, durchgeführt im Rahmen der Förderungsmaßnahmen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie – Projekt NT 624 – Rodgau 3 1978. Die Töpferstudie ist ein dreibändiges umfassendes Werk. (Töpferstudie).
- <sup>47</sup> Ebd. S. 15.
- <sup>48</sup> Ebd. S. 14.
- <sup>49</sup> SAVS 4.9-419, Horst Hinz/IG Metall/Vorstand-Abt. Wirtschaft: Uhrenindustrie: Elektronik und Arbeitsplätze. Frankfurt/M. 26.9.1978, S. 5.
- <sup>50</sup> Töpferstudie S. 46, Horst Hinz/IG Metall/Vorstand-Abt. Wirtschaft: Uhrenindustrie: Elektronik und Arbeitsplätze. Frankfurt/M. 26.9.1978, S. 5.
- <sup>51</sup> Ebd. S. 20.
- <sup>52</sup> Ebd. S. 23.
- <sup>53</sup> Horst Hinz, Ebd. S. 9.
- <sup>54</sup> SAVS 4.9-419 Ergebnisprotokoll der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes der Deutschen Uhrenindustrie e. V. am 15.2. 1979, um 14.00 Uhr im Hotel Rappen Freudenstadt. S. 4.
- <sup>55</sup> SAVS 5.22 VS 791, Arbeitsamt Villingen-Schwenningen: Strukturbericht 1993. S. 71/72.
- <sup>56</sup> Ebd. S. 24 Bevölkerungsentwicklung im Schwarzwald-Baar-Kreis (Arbeitsamtsbezirk Villingen-Schwenningen) und im Land Baden-Württemberg.
- <sup>57</sup> Ebd. S. 11.
- <sup>58</sup> Ebd. S. 35.
- <sup>59</sup> Ebd. S. 64.
- <sup>60</sup> Ebd. S. 10.
- <sup>61</sup> Prognos AG (Hrsg.) Untersuchung zur wirtschaftlichen und strukturellen Situation der Stadt Villingen-Schwenningen. Stärken/Schwächen-Analyse, Leitbild und Massnahmenprogramm, im Auftrag der Stadt Villingen-Schwenningen. Basel Mai 1990, S. 16, Strukturbericht, S. 43.
- <sup>62</sup> Ebd. S. 16.
- <sup>63</sup> Strukturbericht 1993, S. 37.
- <sup>64</sup> Ebd. S. 40.
- <sup>65</sup> Prognos AG, S. 18.
- <sup>66</sup> Strukturbericht 1993, S. 43.
- <sup>67</sup> Prognos, S. 12.
- <sup>68</sup> Ebd. S. 20.
- <sup>69</sup> Interview mit Erwin Teufel v. 22.4.2014.
- <sup>70</sup> Prognos AG (Hrsg.) Untersuchung zur wirtschaftlichen und strukturellen Situation der Stadt Villingen-Schwenningen. Stärken/Schwächen-Analyse, Leitbild und Massnahmenprogramm, im Auftrag der Stadt Villingen-Schwenningen. Basel Mai 1990.
- <sup>71</sup> Ebd. S. 19.
- <sup>72</sup> Ebd. S. 37.
- <sup>73</sup> Ebd. S. 21.
- <sup>74</sup> Ebd. S. 22.
- <sup>75</sup> Ebd. S. 23.
- <sup>76</sup> Strukturbericht 1993, S. 47.
- <sup>77</sup> Ebd. S. 46.
- <sup>78</sup> Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970. Göttingen 2012, S. 56.
- <sup>79</sup> Strukturbericht 1993, S. 46.
- <sup>80</sup> Ebd. Tabelle Schulabgänger im Arbeitsamtsbezirk Villingen-Schwenningen, S. 46.
- <sup>81</sup> Interview mit Erwin Teufel v. 22.4.2014.
- <sup>82</sup> IG Metall Verwaltungsstelle Villingen-Schwenningen: Geschäftsbericht 1984–1985–1986, S. 27.
- <sup>83</sup> Badische Zeitung, 17.3.1984, Arbeitnehmer unterstrichen Forderung nach 35-Stunden-Woche. Über 1000 gingen auf die Straße.
- <sup>84</sup> Südkurier v. 17.4.1985, Arbeitszeitverkürzung weitgehend durchgesetzt.
- <sup>85</sup> Südwest-Presse NQ v. 4.7.1985 „Neue Arbeitsplätze geschaffen.“ Badische Zeitung v. 5. Juli 1985. 38,5 – Stunden-Woche schuf Arbeitsplätze.
- <sup>86</sup> Schroeder, Wolfgang und Greef, Samuel: Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen nach dem Boom. S. 245 -270. In: Doering-Manteuffel, Anselm/Lutz, Raphael/Schlemmer, Thomas (Hg.): Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom. Göttingen 2016 .S. 261.
- <sup>87</sup> IG Metall Geschäftsbericht 84 – 86, Entschließung v. 10 Mai 1984.
- <sup>88</sup> Südwest Presse NQ v. 2.9.1993, Arbeitsamt legt ernüchternde Bilanz vor/„Spitze“ nur bei Arbeitslosen.
- <sup>89</sup> Strukturbericht 1993. S. 72.
- <sup>90</sup> Pressemitteilungen des Arbeitsamts Villingen-Schwenningen (PM AA) Nr. 61/93 v. 29.10.1993.
- <sup>91</sup> PM AA Nr. 61/93 v. 29.10.1993.
- <sup>92</sup> Südkurier v. 25.11.1992, 'Talsohle noch nicht erreicht'. IG Metall: 3.000 Arbeitsplätze fallen innerhalb weniger Monate in der Region weg.
- <sup>93</sup> Südkurier v. 15.9.1993, Rettung: Gelder fließen zur Alu-Gießerei.
- <sup>94</sup> Interview mit Heinz Freitag v. 17.2.2016.
- <sup>95</sup> Ebd.
- <sup>96</sup> Interview mit Siegfried Reith v. 17.8.2016.
- <sup>97</sup> Südwestpresse v. 18.9.1993 Sorge um Lehrstellen. IG Metall: Firmen produzieren Facharbeitermangel.
- <sup>98</sup> PMAA Nr. 62/94 August 94 v. 5.9.1994, S. 4 u. 5.
- <sup>99</sup> Strukturbericht 1993, S. 85.
- <sup>100</sup> Ebd.
- <sup>101</sup> PM AA Nr. 7/93 v. 4.2.1993, S. 2.
- <sup>102</sup> PM AA Nr. 30/93 v. 3.6.1993.
- <sup>103</sup> PM AA Nr. 36/93 v. 5.7.1993.
- <sup>104</sup> Strukturbericht 1993, S. 83.
- <sup>105</sup> Ebd. S. 79.
- <sup>106</sup> IG Metall Geschäftsbericht 1993-1995, S. 40.
- <sup>107</sup> Ebd.
- <sup>108</sup> Ebd. S. 7.
- <sup>109</sup> IGM Geschäftsbericht 1993-94-95. S. 6.
- <sup>110</sup> IG Metall Geschäftsbericht 1996-99. S. 35.
- <sup>111</sup> Ebd. S. 5/6.
- <sup>112</sup> PMAA, Nr. 56/97 September 1997 v. 6.10.97, S. 3.
- <sup>113</sup> PMAA, Nr. 24/96 März 1996 v. 9.4.1996, S. 4 u. 5.
- <sup>114</sup> PMAA, Nr. 67/95 Oktober 95 v. 6.11.1995, s. 4.
- <sup>115</sup> PMAA, Nr. 77/96 November 1996 v. 4.12.1996, s. 4 u. 5.
- <sup>116</sup> PMAA, Nr. 65/96 September 1996 v. 7.10.1996, S. 3.
- <sup>117</sup> PMAA, Nr. 23/99 März 1999 v. 7. April 1999, s. 4.
- <sup>118</sup> PMAA, Nr. 9/96 Januar 1996 v. 7.2.1996, S. 6.
- <sup>119</sup> PMAA, Nr. 24/96 März 1996 v. 9.4.1996, S. 4 u. 5.
- <sup>120</sup> PMAA, Nr. 59/99.

<sup>121</sup> PMAA, Nr. 39/97 Juni 1997 v. 7.7.1997, S. 3.

<sup>122</sup> Südwestmesse. Villingen-Schwenningen 1950 bis 2008. Ausstellung für Industrie, Handel, Handwerk, Hauswirtschaft und Landwirtschaft. Baufachschau und HausBauPark. Südwest-Messe S. 147 und S. 159.

<sup>123</sup> Ebd. S. 159.

<sup>124</sup> PMAA, Nr. 1/98 Dezember 1997 v. 8.1.1998, S. 4 u. 5.

<sup>125</sup> PMAA, Nr. 49/98 September 1998 v. 5.10.1998 und Nr. 57/98

Oktober 1998 v. 4.11.1998.

<sup>126</sup> PMAA, Nr. 54/99 Juli 1999 v. 4.8.1999, S. 2.

<sup>127</sup> PMAA, Nr. 60/99 August 99 v. 6.9.1999, S. 2.

<sup>128</sup> PMAA, Nr. 84/99 November 1999 v. 6.12.1999, S. 3.

<sup>129</sup> SAVS 1.16 (1996)- 8015/06 Unterlagen zum Prognos-Gutachten von 1990 und Regionaldatenbank des Stat. Landesamts Baden-Württemberg v. 20.4.2017.

<sup>130</sup> Stat. Landesamt 2014.